

109-4/1351

MINISTERSTVO NÁRODNÍ BEZPEČNOSTI  
ARCHIVNÍ A STUŽNÍ ÚŘAD

Číslo 109-4/1351  
Čl. 1-26  
Přílohy 1-26

26 listů

9. 8. 2009 Junt

Krab. 79.

**ST S**

IV. M - 229 / 42.  
IV. M - 230 / 42.  
IV/ M - 231 / 42.  
IV. M - 232 / 42.

Der Hauptabteilungsleiter V

II 7-15193/42

Prag, 15. Dezember 1942

Bank für Sozialwesen  
Präsident  
21. DEZ 1942

Betrifft: Grundstück für die Bank der Deutschen Arbeit

Anlage: Vermerk des Referenten der Abteilung V 1 vom 12. Dezember 1942

Herrn Staatssekretär:

Nach dem beiliegenden Vermerk des Referenten kann die Angelegenheit bis auf weiteres als erledigt angesehen werden.

*[Handwritten signature]*

IV M - 229a/42

-42

Prag, 12. Dezember 1942

Abteilung Wirtschaft - V 1  
Referent: Regierungsrat Wienzke

Betrifft: Grundstück für die Bank der Deutschen Arbeit

Besprechung

am 12. Dezember 1942 vormittag mit

1. Herrn Fritz Formazin, Beauftragtem für Grundstücksfragen der Deutschen Arbeitsfront,
2. Herrn Direktor Dr. Neuwirth, Filiale der Bank der Deutschen Arbeit in Prag,
3. Herrn Walter Slawik, Verbandsdirektor des Allgemeinen Genossenschaftsverbandes für Böhmen und Mähren.

Die Deutsche Arbeitsfront legt unbedingten Wert darauf, das Gebäude der Ärztevorschußkasse am Graben 6 käuflich zu erwerben, weil alle Großbanken am Graben vertreten sind und Reichsorganisationsleiter Dr. Ley in diesem Sinne bereits an Herrn Staatssekretär Frank geschrieben hat, nachdem schon vorher Stabsleiter Simon an SS-Oberst-Gruppenführer Daluge in der Angelegenheit herangetreten war.

Herr Formazin und Herr Dr. Neuwirth erklärten, daß die Durchführung des Planes während der Kriegsdauer zurückgestellt werden könne, daß aber die Voraussetzungen für den Erwerb schon jetzt geschaffen werden müßten. Die Deutsche Arbeitsfront sieht diese Voraussetzungen in folgendem:

Die Ärztevorschußkasse wird mit einer ähnlichen Genossenschaftskasse, die im Besitz eines eigenen Gebäudes ist, im Zuge der Rationalisierungsmaßnahmen verschmolzen. Die Kasse hat sich bereits im Jahre 1941 Herrn Dr. Neuwirth gegenüber grundsätzlich bereit erklärt, einem solchen Gedanken näherzutreten.

Verbandsdirektor Slawik erklärte demgegenüber, daß er im Augenblick kein geeignetes Ersatzhaus aufzubringen in der Lage sei, das für die Ärztevorschußkasse mit 64 Angestellten ausreiche, und daß er außerdem die Verantwortung für einen Auftrag an die Ärztevorschußkasse persönlich nicht übernehmen könne, sondern sich an seinen Verbandsvorsitzer Kiesewetter wenden

2a

Prag, 12. Dezember 1941

RECHTSANWALT DR. JOSEF WACHNER

müsse. Außerdem seien noch Interessen der deutschen Gesundheitskammer Prag (Dr. Wächter) an die Arztevorschußkasse zu berücksichtigen.

Verbandsdirektor Slawik erhielt die Weisung, zusammen mit Dr. Neuwirth zu versuche bei der Arztevorschußkasse Prag eine freiwillige Veräußerung des Gebäudes zu erreichen, wobei es nicht darauf ankommen soll, wie lange die Arztevorschußkasse ihre Geschäftsräumlichkeiten weiter beibehalten will.

Die Beteiligten erklären, daß sie die Vorverhandlungen mit der größten Beschleunigung führen werden.

Herr Formazin übernimmt es, Reichsleiter Dr. Ley und Stabsleiter Simon von diesem Ergebnis persönlich zu unterrichten, so daß von der Behörde des Reichsprotectors in der Angelegenheit bis auf weiteres nichts mehr zu veranlassen ist.

Die Anwesenden haben je einen Durchschlag des Vermerks erhalten.



Die Arztevorschußkasse wird in einer ihrer eigenen Personalkassen, die beide einem eigenen Gebäude ist, im Nationalistengebäude aufgenommen. Diese hat sich bereits im Jahre 1941 Herrn Dr. Neuwirth gegenüber ausdrücklich bereit erklärt, einem solchen bedauerlich zu sein.

Verbandsdirektor Slawik erklärte demgegenüber, daß er im Augenblick kein bestimmtes Grundstückswert in der Lage sei, das für die Arztevorschußkasse mit 24 Angehörigen derleiher, was das er erfordert die Verantwortung für einen Antrag an die Arztevorschußkasse persönlich aufzunehmen könne, sondern sich an seinen Verbandspräsidenten Kiesewetter wenden

841/19

Der Abteilungsleiter V 1

Prag, 11. Dezember 1942. 3

II/1 - 15978/42

*Empfang 11.12.42*

Herrn

Hauptabteilungsleiter V.

Betrifft: Schreiben des Reichsleiters Dr. L e y vom  
30. November 1942.

Anlage : II 1 -15193/42.

Die Sache ist schon behandelt. Auf die beiliegenden Vorgänge darf hingewiesen werden.

Auf Veranlassung von Regierungsrat Venzke trifft heute der Beauftragte der Deutschen Arbeitsfront F o r m a z i n zu einer Besprechung in Prag ein.

Bei den Vorbesprechungen mit Direktor Dr. Neuwirth von der Bank der Deutschen Arbeit in Prag und mit Direktor Dr. Rohde von der Böhmischem Union-Bank hat sich herausgestellt, dass es sich um eine völlig kriegsunwichtige Angelegenheit handelt. Die Bank der Deutschen Arbeit glaubte nur, befürchten zu müssen, dass die Böhmischem Union-Bank als Vermieterin der bisherigen Geschäftsräume der Bank der Deutschen Arbeit demnächst bauen und die Geschäftsräume für ihre eigenen Zwecke in Anspruch nehmen wolle. Da dies während des Krieges nicht in Frage kommt, bestehen bis auf weiteres keine Schwierigkeiten. Trotzdem soll über die Möglichkeit einer Freimachung der Räume der Arztvorschusskasse Graben/Ecke Wenzelsplatz verhandelt werden.

*u. Wenzelsplatz*

*J. Wuytka*

Der Hauptabteilungsleiter V

Prag, den 7. Dezember 1942.

II 15978/42

9

*fill!*

Herrn  
Abteilungsleiter V 1.

*II 15978/42 1. 7. 22. 11. J. Wuytka*

Ich ersuche um sofortigen Bericht, ob die Angelegenheit dort bearbeitet wird. Mir ist nichts davon bekannt. Wenn ja, bitte ich um Äusserung. Wenn nein, bitte ich von dort aus festzustellen, wer die Angelegenheit federführend bearbeitet.

Die Sache ist dringend.

*betreff: Verhaftung d. Jan 1942 Prag, geboren 6. März 1908 d. tschech. Arbeit.*

*Handwritten signature/initials*

*Handwritten notes in blue ink, including 'Prag', 'geboren 6. März 1908', and 'tschech. Arbeit'.*

5

W-Gruf.

4. Dezember 1942.

St.S.498/42.

! Besitzt auf den Tisch !

Persönlich!

G.R. mit 4 Anlagen  
Herrn Bartsch

1.) An Herrn  
Reichsorganisationsleiter Dr. Ley,  
Berlin.

Sehr geehrter Parteigenosse Ley !

In Sachen Grundstück Prag, G.N. 6, bestätige ich den  
Eingang des dort. Schreibens vom 10.11.42 - ohne  
Zeichen und teile mit, daß ich das Projekt auch best.  
Kräften unterstützen werde. Ich werde das Ergebnis der  
anhängigen Ermittlungen angefordert und werde Ihnen  
in Kürze abschließend antworten.

Heil Hitler !

3.) (Ganz) am 2.12.1942 (Ganz) bei mir.

2.)

Berlin, 30. November 1942

Der Reichsorganisationsleiter  
der N. S. D. D. A.



Herrn  
Staatssekretär Frank  
Prag

Betreff: Grundstück Prag, Graben

geehrter Parteigenosse Frank  
mein Stabsleiter Parteigenosse Sim  
Daluge in dieser Angelegenheit unter  
geschrieben und ihm die Bitte unterb  
Deutschen Arbeit AG, Niederlassung P  
Hauses Prag, Graben 6, zu unterstützen.  
zeitlich feststellen lassen, dass dieses Schreiben Ihnen zur  
weiteren Erledigung übergeben worden ist.

Gelegentlich meines vorgesehenen Besuches, der jedoch unter-  
bleiben musste, wollte ich auch diese Sache mit dem Partei-  
genossen Daluge bzw. Ihnen besprechen. Da der neue Termin  
noch nicht feststeht, die Angelegenheit aber eilt, würde ich  
es sehr begrüßen, wenn Sie sich schon jetzt dieser Sache  
annehmen und die Bearbeitung des erwähnten Briefes vom 22.  
September ds. Js. veranlassen würden, damit das Ergebnis der  
anzustellenden Ermittlungen bei unserer persönlichen Rück-  
sprache schon vorliegt.

Heil Hitler!

*Manuskript abgelesen  
9/9.6. II 42 P. 4*

Entwurf

Prag, *19* November 1942

*Der Reichsorganisationsleiter  
des Reichsorganisationsleiter der NSDAP*

An  
den Herrn Stabsleiter  
des Reichsorganisationsleiter der NSDAP.

München 33  
Barer-Str. 15.

*#*

Bet

Betrifft: Grundstück für die Bank der  
Deutschen Arbeit AG. in Prag

Sehr

!

Me

Auf Ihrn hat die Partei am 2. Sept.  
1942 habe ich Wunsch dem 3. Sept. 1942  
der Behörde des Reichsorganisationsleiters  
Weisung geben lassen, sich über die hiesige  
Filiale der Bank der Deutschen Arbeit AG.  
mit dem Beauftragten der Deutschen Arbeits-  
front in Verbindung zu setzen.

In Vertretung

*J. Ampt*  
*1/29/42*

*[Handwritten signature]*

*10  
Leisner  
4*

Der Abteilungsleiter II

Prag, 14. November 1942. 8

II 1-15193/42

Herrn

Ministerialrat Dr. G i e s

im Hause .

Betrifft: Grundstück für die Bank der Deutschen Arbeit A.G.  
in Prag.

(St.S. IV M - 229/42.)

Wunschgemäss übersende ich die Vorgänge der Gruppe  
Wirtschaft über die Bank der Deutschen Arbeit A.G.

Von den im Schreiben vom 22. September 1942 angeführten  
Verhandlungen in Prag war der Behörde nichts bekannt geworden.  
Den Ausdehnungsbestrebungen der Bank der Deutschen Arbeit ist  
bisher im Sinne der Weisung des Herrn Staatssekretärs entgegen-  
getreten worden.

Dem Wunsch des Stabsleiters des Reichsorganisations-  
leiters, der Referent möge sich mit dem Beauftragten der  
Deutschen Arbeitsfront für Grundstücksfragen in Verbindung  
setzen, um mit ihm Ort und Zeit einer Besprechung über die  
Angelegenheit zu vereinbaren, kann entsprochen werden. Der  
Referent wird im Sinne des Herrn Staatssekretärs verhandeln.

Der Entwurf eines Antwortschreibens liegt bei.

IV M-229a/42

*Einlage*

Der Abteilungsleiter II

Prag, 14. November 1942.

*II 15193 / 42*

*W. v. M.*  
Herrn Obersicherungsrat  
Dr. G i e s

*D*

*9*  
*[Handwritten scribbles]*

Betrifft: Grundstück für die Bank der Deutschen Arbeit  
AG. in Prag.

*1 St. S. IV M - 220/42*

Wunschgemäß übersende ich die Vorgänge der Gruppe Wirtschaft über die Bank der Deutschen Arbeit AG.

Von den im Schreiben vom 22. September 1942 angeführten Verhandlungen in Prag war der Behörde nichts bekanntgeworden. Den Ausdehnungsbestrebungen der Bank der Deutschen Arbeit ist bisher in Sinne der Weisung des Herrn Staatssekretärs entgegengetreten worden.

Der Wunsch des Stabsleiters des Reichsorganisationsleiter der Referent möge sich mit dem Beauftragten der Deutschen Arbeitsfront für Grundstücksfragen in Verbindung setzen, um mit ihm Ort und Zeit einer Besprechung über die Angelegenheit zu vereinbaren, kann entsprechen werden. Der Referent wird im Sinne des Herrn Staatssekretärs verhandeln.

Bemerkenswert ist im Übrigen, daß sich Stabsleiter S i m o n namens der Reichsorganisationsleitung der NSDAP. für die privatwirtschaftlichen Interessen einer Bank einsetzen zu müssen glaubt.

Der Entwurf eines Antwortschreibens liegt bei.



*L. W. v. M. nach 3 Wochen  
(Kopie für pers.)*

*[Handwritten signature]*

*11.11*

10

Entwurf

An  
den Herrn Stabsleiter  
des Reichsorganisationsleiters der NSDAP.

München 33

Barer Str. 15.

Betrifft: Grundstück für die Bank der  
Deutschen Arbeit AG. in ...

Auf Ihr Schreiben vom 22. Sept.  
1942 habe ich wunschgemäß dem Referenten  
der Behörde des Reichsprotectors die  
Weisung geben lassen, sich über die  
Filiale der Bank der Deutschen Arbeit AG.  
mit dem Beauftragten der Deutschen Arbeits-  
front in Verbindung zu setzen.



In Vertretung

*[Handwritten signature]*

*[Handwritten mark]*

*[Handwritten mark]*

Prag, den 28. Oktober 1942.

1.) Kanzlei setze auf besonderen Bogen :

Herrn Ministerialdirigenten Bertsch.

Den angeschlossenen Vorgang übersende ich gegen Rückgabe zur Kenntnis. Der Herr Staatssekretär wünscht die Vorlage der einschlägigen Vorgänge. Ich bitte um die entsprechende weitere Veranlassung und darf anregen, gleichzeitig den Entwurf eines Antwortschreibens beizufügen. Der Herr Staatssekretär vertritt nach wie vor den Standpunkt, daß eine gewisse Zurückhaltung gegenüber den Plänen der Bank der Deutschen Arbeit A.G. am Platze sei.



2.) Wv. am 5.11.1942 bei dem Unterzeichner.

5.11.42

Prag, den 28. Oktober 1942.

*Prag*  
Prag *12*

Herrn Ministerialdirigenten Bertsch.

Den angeschlossenen Vorgang übersende ich gegen Rückgabe zur Kenntnis. Der Herr Staatssekretär wünscht die Vorlage der einschlägigen Vorgänge. Ich bitte um die entsprechende weitere Veranlassung und darf anregen, gleichzeitig den Entwurf eines Antwortschreibens beizufügen. Der Herr Staatssekretär vertritt nach wie vor den Standpunkt, daß eine gewisse Zurückhaltung gegenüber den Plänen der Bank der Deutschen Arbeit A.G. am Platze sei.

*11/18*  
*V. v. v.*

Nationalsozialistische

Deutsche Arbeiterpartei

Der Reichsorganisationsleiter  
der NSDAP.

Stabsleiter

München 33, den 22. September 1942

Barerstraße 15

Fernruf 597621

25. SEP. 42
Ant.
3406 Georb.

13

Das Des Staatsfen. stürs hina Reich. u. d. d. k. in d. u. u. d. d. k. 26. SEP. 1942
--

Herrn

~~H-Oberstgruppenführer Daluege~~  
Stellv. Reichsprotector für Böhmen u. Mähr.  
Prag.

Betr.: Grundstück für die Bank der Deutschen Arbeit AG.  
in Prag.

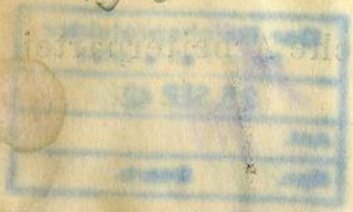
Sehr geehrter Parteigenosse Daluege !

Die Bank der Deutschen Arbeit AG., welche ein wirtschaftliches Unternehmen der Deutschen Arbeitsfront ist, besitzt in Prag - Graben 23 - eine Niederlassung. Der Niederlassungsleiter, Herr Direktor Dr. Neuwirth, hat bereits seit langem sein Augenmerk darauf gerichtet, ein eigenes Gebäude zu erwerben, da die bisher benutzten Mieträume völlig unzulänglich sind und jede Vergrößerung, die man nach Lage der Dinge doch ins Auge fassen muss, ausschliesst.

Gemäss den besonders gelagerten Verhältnissen am Prager Platz muss jedoch ein eigenes Bankgebäude unbedingt am Graben gelegen sein. Diese Häuser sind aber nahezu alle in festen Händen, teilweise auch derart geräumig bzw. alt, so dass sie für Zwecke der Bank nicht in Frage kommen. Als einziges geeignetes Gebäude ist lediglich das Haus Graben 6 anzusprechen, welches Eigentum der tschechischen

St. G. E. M. - 229/42

13a



Arzte-Vorschusskasse ist, die daselbst auch ihren Betrieb eingerichtet hat. Schon seit langem angeknüpfte und durchgeführte Verhandlungen seitens der Bank der Deutschen Arbeit AG. haben ergeben, dass die Arzte-Vorschusskasse prinzipiell bereit wäre, ihr Gebäude zu verkaufen, aber unter der Bedingung, dass ihr die Bank ein gleichwertiges anderes Gebäude, welches jedoch nicht am Graben gelegen sein dürfte, zur Verfügung stellt. Da die Arzte-Vorschusskasse lediglich ein Zweckinstitut der Ärzte, Apotheker und verwandter Berufe ist, muss sie naturgemäss nicht im Bankenzentrum ihren Sitz haben. Sie benötigt lediglich ein Gebäude, welches in der Stadtmitte oder doch nicht all zu weit davon liegt. Ein solches Tauschobjekt ist unter den derzeitigen Verhältnissen nicht leicht nachzuweisen, zumal ja die für eine Vorschusskasse nötigen Einrichtungen (Banktresor, Safe etc.) erst eingebaut werden müssten. Die Vorschusskasse erklärte sich bereit, sich mit einer anderen Vorschusskasse zu fusionieren, welche über ein geeignetes Gebäude verfügt.

84700

Der Direktor der Bank der Deutschen Arbeit AG., Herr Dr. Neuwirth, ist in diesem Stadium der Verhandlungen an Herrn Dr. Schwarz, Leiter des Zentralverbandes der Geldwirtschaft mit der Anregung herantreten, die Arzte-Vorschusskasse mit einer anderen Vorschusskasse fusionieren zu lassen. Zu diesem Zeitpunkt wurde jedoch eine Neuregelung des Genossenschaftswesens in Angriff genommen, so dass Herr Dr. Schwarz Herrn Dr. Neuwirth an den Verband der Vorschusskassen (Herrn Dr. Slavik), zwecks Behandlung dieses Themas verwiesen hat. Herr Dr. Slavik teilte Herrn Dr. Neuwirth mit, dass die Regelung der Vorschusskassen im Rahmen des Genossenschaftswesens noch in



19

...webe bzw. in Durchführung sei, nahm aber wegen Überlassung des Gebäudes der Ärzte-Vorschusskasse an die Bank der Deutschen Arbeit AG. ablehnende Haltung ein und vertrat die Ansicht, dass das Gebäude der Ärzte-Vorschusskasse, falls hier ein Eigentumswechsel stattfinden sollte, wieder nur im Kreise der Vorschusskassen bzw. Kreditgenossenschaften weitergegeben werden könne.

Dagegenüber wird hier die Auffassung vertreten, dass die Unterbringung der Ärzte-Vorschusskasse ohne Beeinträchtigung ihres Zweckes auch an anderer Stelle erfolgen kann. Eine Einigung hierüber war jedoch mit den zuständigen Stellen nicht zu erreichen. Auf der anderen Seite ist die Errichtung eines eigenen Hauses in Prag für die Bank der Deutschen Arbeit AG. nicht nur unbedingt notwendig, sondern dürfte auch aus politischen Erwägungen durchaus zweckmässig sein. Die angebahnt gewesenen Verhandlungen sind jedoch zum Stillstand gekommen und können m.E. wieder in Gang gebracht werden, wenn Sie, sehr geehrter Parteigenosse D a l u e g e, den entsprechenden Auftrag erteilen. Ich wäre Ihnen daher zu grossem Danke verpflichtet, wenn Sie Ihren zuständigen Referenten veranlassen könnten, dass er sich mit dem

Beauftragten der Deutschen Arbeitsfront für Grundstücksfragen, Parteigenossen F o r m a z i n, Berlin C.2, Wallstrasse 63 (Fernruf: 67 62 01)

in Verbindung setzt, um mit diesem Ort und Zeit einer Besprechung über die Angelegenheit zu vereinbaren.

Diese Sache war schon einmal Gegenstand einer Erörterung zwischen Herrn Starnbannführer S c h e i d l e r und dem Parteigenossen F o r m a z i n. Das Ergebnis war, zunächst einmal ohne Zuhilfenahme des Reichsprotectors eine Erledigung dieser Angelegenheit zu erreichen. Da dies aus den vorgeschilderten Gründen nicht möglich gewesen ist, bringe ich daher diese Angelegenheit Ihnen zur Kenntnis und Entscheidung.

Heil Hitler!

*Heil Hitler*

Gruppe Justiz

I/9 d 4096 f

Prag, den 15. September 1942

15

Büro des Staatssekretärs  
beim Reichsprotektorat  
in Böhmen und Mähren.  
Eing.: 29. SEP. 1942

Urschriftlich  
mit 3 Anlagen

Herrn Ministerialrat Dr. Gies

in

H a u s e

nach Kenntnisnahme zurückgeleitet.

*Mies*

5. d. d. M.  
1. 29. 9. 42

St. S. II M - 230 / 42



II. Die örtlichen Dienststellen (Staatliche Kriminalabteilungen, Gendarmerie, Kriminalpolizei und Schutzpolizei der Gemeinden) haben jeden bekannt werdenden Fall einer Schwarzschlachtung in eigener Zuständigkeit zu bearbeiten. Binnen 24 Stunden haben sie an die zuständige Kriminalpolizeistelle über jeden Fall einer Schwarzschlachtung Meldung nach RKP-Vordruck 70 (Anlage 2) zu erstatten.

Soweit die Zollfahndungsstellen noch im Rahmen der bisherigen Zuständigkeit Fälle von Schwarzschlachtungen bearbeiten, sind sie angewiesen, die gleiche Meldung an die zuständige Kriminalpolizeistelle zu erstatten.

III. (1) Die Kriminalpolizeistellen haben alle Fälle von Schwarzschlachtungen zentral zu erfassen und die für eine wirksame Bekämpfung von Schwarzschlachtungen erforderlichen Massnahmen zu treffen. Sie haben insbesondere die Aufgabe, sich je nach Sachlage in die Bearbeitung der von den örtlichen polizeilichen Dienststellen oder den Zollfahndungsstellen gemeldeten Fälle einzuschalten oder diese in eigene Zuständigkeit zu übernehmen.

(2) Die Kriminalpolizeistellen haben alle Fälle von Schwarzschlachtungen, die einen grösseren Umfang angenommen oder besonderes Aufsehen erregt haben, umgehend dem Reichssicherheitshauptamt - Amt V - in Berichtsform zu melden. Daneben haben sie monatlich - erstmalig am 1.11.1942 - an das Reichssicherheitshauptamt - Amt V - eine Nachweisung über sämtliche bekannt gewordenen Fälle von Schwarzschlachtungen zu übersenden. Die Nachweisung muss enthalten: a) Anzahl der Ermittlungsverfahren, b) Anzahl der Täter, unterteilt nach Selbstversorgern, Fleischern, Lohnschlächtern, Versandschlächtern, Notschlächtern, sonstigen Personen, c) Anzahl der geschlachteten Tiere (Pferde, Rinder, Kälber, Schafe, Schweine), d) Anzahl der nicht an der Schlachtung beteiligten Abnehmer, e) sichergestellte Fleischmengen.

(3) Die Kriminalpolizeistellen sind verpflichtet, auf Grund der eingehenden Meldungen zu prüfen, ob polizeiliche Massnahmen im Sinne des Runderlasses - S V B 2 Nr. 1013/42 - vom 13.4.1942, betr. polizeiliches Einschreiten zur Bekämpfung der Verstösse gegen die Kriegswirtschaftsbestimmungen zu veranlassen sind.

(4) Die Kriminalpolizeistellen haben für eine Spezialausbildung der mit der Bearbeitung von Schwarzschlachtungen beauftragten Beamten Sorge zu tragen.

IV. Um alle Möglichkeiten der Bekämpfung der Schwarzschlachtungen ausschöpfen zu können, ist es erforderlich, dass die sachbearbeitenden Dienststellen mit den beteiligten Behörden und Stellen (Ernährungs- und Wirtschaftsämter, Preisüberwachungsstellen, Gewerbeaussendienst, Dienststellen des Reichsnährstandes, Viehwirtschaftsverbände, Marktvereinigungen usw.) eine ständige enge Fühlungnahme und Zusammenarbeit pflegen.

V. Beim Reichssicherheitshauptamt - Amt V - liegt die zentrale Bearbeitung und Steuerung aller mit der polizeilichen Bekämpfung von Schwarzschlachtungen zusammenhängenden Fragen. Das Reichssicherheitshauptamt - Amt V - wertet insbesondere die von der Kriminalpolizei gesammelten Erfahrungen aus und unterrichtet die beteiligten Zentralstellen.

Vorstehender Erlass ist zur Veröffentlichung nicht geeignet. Die Kreispolizeibehörden sind zu verständigen mit dem Auftrag, die örtlichen Polizeibehörden und Gendarmeriedienststellen durch Umdruck in Kenntnis zu setzen.

Im Auftrage:  
gez. N e b e .

Beglaubigt:  
*[Signature]*  
Kriminalsekretär.

*B. G.  
Herrn ...  
für ...*

*[Handwritten mark]*

*20. 9. 43*

Der Reichsminister  
für Ernährung und Landwirtschaft

Berlin W 8, den 21. August 1942  
Wilhelmstr. 72

II A 12 - 1050 RfEuL

II O 3166 - 257 II RfM.

III b 598/42/3620 RfM.I.

V B 2 Nr. 1163/42 Rf SS u. Ch. d. dt. Pol. i. RfM.I.

An

die Landesregierungen (Reichsstatthalter) und die  
Preußischen Oberpräsidenten,

nachrichtlich

an die Regierungspräsidenten und entsprechenden  
Behörden.

Betrifft: Bekämpfung von Schwarzschlachtungen nach  
Aufhebung des Schlachtsteuergesetzes.

- - - - -

Die durch unseren Runderlaß vom 17. September 1941  
- II B 6 - 5343 - veranlaßten regelmäßigen Zusammenkünfte aller an  
der Bekämpfung der Schwarzschlachtungen beteiligten Stellen haben  
sich nach den bisher vorliegenden Ergebnissen bestens bewährt. Sie  
haben insbesondere zu einer systematischen Zusammenarbeit aller an  
der Verfolgung von Schwarzschlachtungen beteiligten Stellen beige-  
tragen. Nachdem durch die Verordnung über Verbrauchssteuern vom  
26. April 1942 - RGBl. I S. 259 - mit Wirkung vom 1. Mai 1942 das  
Schlachtsteuergesetz aufgehoben worden ist, muß der Bekämpfung von  
Schwarzschlachtungen erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden, denn  
es liegen keine Anzeichen dafür vor, daß die Schwarzschlachtungen  
zurückgegangen sind. Hierzu wird insbesondere auf folgendes hinge-  
wiesen:

(1) Schwarzschlachtungen sind grundsätzlich als Verbrechen nach  
§ 1 Abs. 1 der KWVO. im ordentlichen Gerichtsverfahren zu verfolgen  
(vgl. AV. des RfM.I. vom 12. Januar 1942 betr. Strafsachen auf dem  
Gebiet der Verbrauchsregelung in "Deutsche Justiz" S. 49). Für die  
Bekämpfung der Schwarzschlachtungen ist neben den Staatsanwaltschaften  
ausschließlich die Sicherheitspolizei (Kriminalpolizei) zu-  
ständig. Das Schwergewicht der Ermittlungen in allen Fällen von  
Schwarzschlachtungen, die einen größeren Umfang angenommen haben  
oder ein besonderes Aufsehen erregt haben, liegt bei den zuständi-  
gen Kriminalpolizeistellen. Diese haben auch alle für eine ener-  
gische Bekämpfung der Schwarzschlachtungen erforderlichen kriminal-  
politischen und kriminaltaktischen Maßnahmen zu treffen. Ein Ver-  
zeichnis der Kriminalpolizeistellen liegt diesem Erlaß bei.

(2) Der Reichsminister der Finanzen hat seine nachgeordneten Dienst-  
stellen angewiesen, alle Fälle von Zuwiderhandlungen gegen das  
Schlachtsteuergesetz, die vor seiner Aufhebung begangen worden  
sind, in dem bisherigen Umfang und in der bisherigen Weise zu ver-  
folgen, auch wenn in einzelnen Fällen die Schwarzschlachtungen  
nach dem 1. Mai 1942 fortgesetzt worden sind. Für die Ermittlung  
und die Verfolgung von Schwarzschlachtungen, die nach Aufhebung  
des Schlachtsteuergesetzes stattgefunden haben, werden ferner bei  
jeder Zollfahndungsstelle und - soweit ein dringendes Bedürfnis  
gegeben ist - auch bei jeder Zollfahndungszweigstelle zwei Ermitt-  
lungsbeamte zur Bekämpfung der Schwarzschlachtungen, die aus-  
schließlich nach dem Wegfall der Schlachtsteuer begangen worden  
sind, vorläufig eingesetzt werden. Der Reichsminister der Finanzen  
hat die Zollfahndungsstellen angewiesen, den Kriminalpolizeistel-

len

len regelmäßig Mitteilung von Anzeigen zu machen, die von der Zollfahndung verfolgt werden, und sicherzustellen, daß die Kriminalpolizeistellen nach Abschluß der Ermittlungen von dem Ermittlungsergebnis unterrichtet werden.

(3) Alle übrigen an der Bekämpfung von Schwarzschlachtungen beteiligten Stellen (Viehwirtschaftsverbände und andere Bewirtschaftungsstellen sowie die Fleischbeschautierärzte und die Fleischbeschauer) werden angewiesen, alle Wahrnehmungen, die den Verdacht von Schwarzschlachtungen rechtfertigen, der zuständigen Ortspolizeibehörde oder der Gendarmeriedienststelle oder unmittelbar der zuständigen Kriminalpolizeistelle mitzuteilen. Die Fleischbeschautierärzte und Fleischbeschauer sind bereits gemäß den Bestimmungen über die Mitwirkung der Fleischbeschautierärzte und Fleischbeschauer bei der Kontingentierung der Schlachtungen im Runderlaß vom 6. Februar 1942 - III b 14/42 - 3538 - MBliV. S. 324 - darauf hingewiesen worden, daß sie Wahrnehmungen über den Verdacht von Schwarzschlachtungen stets zur Anzeige zu bringen haben.

(4) Der Reichswirtschaftsminister ist erneut gebeten worden, auf eine ausreichende Zuteilung von Treibstoff hinzuwirken, da erwiesen ist, daß die strengere Verfolgung der Schwarzschlachtungen eine Verlegung der Schlachtungen in abgelegene Orte zur Folge gehabt hat, denen nur nachgespürt werden kann, wenn die Beamten nicht allein auf die öffentlichen Verkehrsmittel angewiesen sind.

Die Bekämpfung der Schwarzschlachtungen ist zur Sicherung der allgemeinen Fleischversorgung von wesentlicher Bedeutung. Es müssen daher alle Maßnahmen getroffen werden, um Schwarzschlachtungen mit unnachsichtlicher Strenge zu verfolgen. Die Landesregierungen und die Preuß. Oberpräsidenten werden erneut ersucht, die regelmäßigen Besprechungen mit allen beteiligten Dienststellen fortzusetzen und mir, dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, bis zum 31. Oktober 1942 über das Veranlaßte zu berichten; die Verhandlungsniederschriften sind künftig in 5facher Ausfertigung beizufügen. Die gemeinsamen Besprechungen sind tunlichst vierteljährlich zu wiederholen.

Die Landes- und Provinzialernährungsämter haben Abdruck erhalten.

Zugleich im Namen des

Reichsministers der Finanzen

Reichsministers des Innern

Reichsführers SS und Chefs der deutschen Polizei im  
Reichsministerium des Innern

Der Reichsminister  
für Ernährung und Landwirtschaft

Im Auftrag

*Moriz*



(Dienststelle)

(Ort und Datum)

19

# Meldung über Schwarzschlachtung

## T ä t e r !

Straftat: ..... Jahreszahl .....

1. Name und Vornamen: .....
2. Beruf: .....
3. Geburtstag: ..... 4. Geburtsort: .....
5. Familienstand: ..... 6. Staatsangehörigkeit: .....
7. Wesentliche Vorstrafen: .....
- .....
8. Letzte bekannte Wohnung: .....
9. Ist der Täter festgenommen? ..... (Wann? ..... Wo?) .....
10. In welches Gerichtsgefängnis eingeliefert? .....
11. Tatgenossen: .....
- .....
12. Liegt Gewerbsmäßigkeit vor? .....
13. Sind Zusammenhänge mit anderen — früheren Schlachtungen — auch außerhalb des Ortpolizeibezirkes — oder mit anderen Tätern feststellbar oder vermutbar? .....
- .....
14. Fingerabdrücke, Lichtbilder, sonstige Beweisstücke sind — nicht — genommen, vorhanden, gesichert.
15. Wo sind sie verblieben? .....
- .....
- .....
- .....

19a

# Tatausführung!

1. Ort der Schlachtung? .....
2. Tag der Schlachtung? .....
3. Geschlachtet wurden (Rinder, Schweine, Kälber, Schafe oder Pferde): .....
4. Wie schwer war das Schlachtgewicht des - der - Tiere - (s)? .....
5. Eigentümer des - der - Tiere - (s)? .....
6. Name des Schlächters? .....
7. Hat Fleischschau stattgefunden? .....
8. Wenn ja, durch wen? .....
9. Hat Schlußschein vorgelegen? .....
10. Was ist mit dem Fleisch geschehen? .....
11. Wann verkauft? ..... Zu welchen Preisen? .....
12. Wer sind die Abnehmer? .....
13. Wieviel Fleisch und Fleischwaren wurden beschlagnahmt? .....  
Verbleib? .....
14. Liegt Schlachtung im Gewerbebetrieb, Selbstversorgungshaushalt oder sonstigen Haushalt vor? .....
15. Bei Lohnschlächtern: Ist vor der Schlachtung die Nachweisung der genehmigten Schlachtung (Schlachtschein, Genehmigungsbescheid) verlangt? .....
16. Bei Notschlachtungen: Ist diese bei der zuständigen Zuteilungsstelle oder Ernährungsamt angemeldet worden? .....
17. Sonst Bemerkenswertes und kurze zusammenhängende Schilderung der Tatausführung: .....
18. Veranlassung zur Ermittlungstätigkeit (Anzeige, vertrauliche Mitteilung, eigene Ermittlungen, Meldung von Behörde und Körperschaften)? .....

Anzeige abgegeben am: ..... an: ..... z. Aktz.: .....



84722

Unterschrift

An die KP(Leit)Stelle

in .....

- B 2 f -

Abfender: .....



An

den

Höheren W- und Pol. Führer  
beim Reichsprotectorat  
f. Böhmen und Mähren

Frei durch Ablösung  
Reich



Berlin C 2

Berderscher Markt

Prag

Kopernikusstr. 10

4-Oberführer Dr. Bertsch  
" 1038/42 "

Prag, den 6. Oktober 1942.

Büro des Stabschefs  
beim Kommandanten  
in Böhmen und Mähren  
Eing.: - 7. Okt. 1942

Herrn

Ministerialrat G i e s .

Vor Eingang Ihrer Zuschrift von heute -  
St.S. IV M -231 a/42 - habe ich das abschriftlich beiliegende  
Fernschreiben an Gauleiter Uiberreither in Graz hinausgegeben.

1 Anlage.

18710

*Handwritten signature*

*Handwritten notes:*  
S. a. S. 4/2  
! 8/10.42.

*Handwritten:* St.S.-IV-M-231/42

*Handwritten:* Prag am 6. 10. 42 A.H.  
an Dr. Bertsch.

Abschrift.

Fernschreiben

22

Prag, den 6. Oktober 1942.

An

Gauleiter und Reichsstatthalter

Überreither

Graz.

G a u l e i t e r !

Auf das Fernschreiben Nr. 1065 vom 29. September 1942, das mir in Abwesenheit des ~~W~~-Oberst-Gruppenführers zur Erledigung übergeben wurde, teile ich mit, dass die Gefolgschaft der Arbeitsgemeinschaft Weiss und Christen in Brünn auf Veranlassung des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, Gauleiter Sauckel, für den Einsatz bei den Grenzsicherungsbauten und bei den Gotscheer Siedlungen freigegeben und dienstverpflichtet wurde. Ein Teil der Arbeitskräfte ist bereits in Marsch gesetzt, der Rest der Gefolgschaft der Arbeitsgemeinschaft Weiss und Christen wird in den nächsten Tagen abgefertigt.

Ich darf aber darauf aufmerksam machen, dass die Arbeitsgemeinschaft Weiss und Christen nicht, wie sie dem Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz mitgeteilt hat, 251 Gefolgschaftsmitglieder hat, sodass die Zahl der zuzuweisenden und dienstzuverpflichtenden Arbeitskräfte geringer sein wird.

Die Bereitstellung der Baugeräte und Transportfahrzeuge wird hier zur Zeit mit dem Beauftragten für die Regelung der Bauwirtschaft besonders geprüft. Sie erhalten darüber gesonderte Mitteilung.

Der Reichsprotector in Böhmen und  
Mähren

I. A. (gezeichnet) Dr. B e r t s c h.

23a

DURCHGEGEBEN: RSTH STMK / FRANK  
ANGENOMMEN: RPROT / ESCH +

*Handwritten notes in red ink:*  
Aufgabe  
akt. II  
- 2468  
- 42

DAS WORT VOR 251 ARBEITSKRAEFTE IST HIER VERSTUEMMELT  
BITTE WIEDERHOLEN + INSOZ. AMT 251 ... KLAR??  
GUT DKS + HHI + HHI+



*Handwritten in black ink:*  
IV M-231/42

Prag, den 1. Oktober 1942.

29

Reichsamt für die Angelegenheiten der  
 Deutschen in Böhmen und Mähren  
 23557 2 OKT. 1942  
 3  
 He

v. 31. 10. 1942  
 [Handwritten signature]

G.R. mit 3 Anlagen  
 dem SD-Leitabschnitt Prag,  
 P r a g ,

unter Bezugnahme auf den Inhalt der Anlagen zur  
 Kenntnis und Auswertung übersandt.

Büro des Reichssekretärs  
 in Böhmen und Mähren  
 17. OKT. 1942

Heil Hitler !

Sicherheitsdienst RfM  
 SD-Leitabschnitt Prag  
 1/1-Obersturmbannführer.

Urschriftlich  
 an den

persönlichen Referenten  
 des Herrn Staatssekretär  
 beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren  
 1/1 - Obersturmbannführer Dr. G i e s  
 P r a g .

Nach Auswertung und Kenntnisnahme wird der anliegende Vor-  
 gang zurückgereicht.

[Handwritten signature]  
 1/1 - Hauptsturmführer

S. a. d.  
 1. 10. 1942

4-Oberführer Dr. B e r t s c h

Prag, den 19. September 1942.

25

Wachung dieser Massnahmen auf fernwundlichen Weg nicht  
gefangen sollte, dürfte ich es bei der grossen Bedeutung  
dieser Angelegenheit für die Textilwirtschaft des hiesi-  
gen Landes und auch wegen der grundsätzlichen Seite  
der Angelegenheit für erforderlich, dass ich selbst  
nach Berlin in das Reichswirtschaftsministerium fahre.

Herrn

S t a a t s s e k r e t ä r .

Zu meinem lebhaftesten Bedauern musste ich die  
Einladung des Arbeitsdienstes zu der "Rheinhard  
Heydrich-Feier" bei Brünn am kommenden Montag ableh-  
nen. Es ist mir dienstlich unmöglich, von hier wegzu-  
fahren, da ich gerade am Montag eine mehrstündige Be-  
sprechung mit der Rüstungsinspektion Prag wegen der  
Verlagerungen von Industriefertigungen aus dem Westen  
in den hiesigen Raum habe. Sie können nicht verscho-  
ben werden. Da Ministerialrat von Wedelstädt noch  
dienstlich in Pressburg sein muss, kann er mich bei  
diesen Besprechungen nicht vertreten. Ministerialrat  
Dr. Dennler ist dieses Gebiet völlig fremd. Ich bitte  
deshalb, mein Fernbleiben aus dienstlichen Gründen zu  
entschuldigen.

Voraussichtlich muss ich nächste Woche schon  
wieder nach Berlin fahren, da Präsident Kehrl plötz-  
lich die Zuteilung von Textilrohstoffen an das Pro-  
tektorat auf ein untragbares Minimum gekürzt hat, um  
den Altreichsfirmen keine allzu starken Kontingents-  
kürzungen zumuten zu müssen. Falls mir ein Rückgängig



Abschrift.

Der Reichsprotector  
in Böhmen und Mähren

Prag den 20. Juli 1942.

Nr. II 1-634/42 g.

Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen und den  
Gegenstand bei weiteren Schreiben anzugeben.  
Konten der Oberkasse

Postsparkassenkonto Nr. 98.506 und Girokonto  
bei der Nationalbank für Böhmen und Mähren  
in Prag.

An den Wehrwirtschaftsinspekteur,  
Herrn Generalmajor S c h ü t z e  
o.V.i.A.,

P r a g .

In der letzten Zeit sind einzelne Fälle der Verlagerung kriegswichtiger Erzeugungen aus Betrieben, die im Westen des Reiches durch Luftangriffe betroffen wurden oder auch besonders gefährdet erscheinen, an mich herangebracht worden. Sollten im Laufe der Zeit die feindlichen Luftangriffe im Westen und insbesondere ihre Wirkungen auf die dort gelegenen Betriebsstätten stärker werden, so dürfte m.E. mit einer erheblichen und wahrscheinlichen sehr plötzlichen Verlagerung von Fertigungen in das weniger luftgefährdete Protektorat gerechnet werden müssen. So wenig wünschenswert selbstverständlich der Eintritt solcher Umstände ist, so müssen doch m.E. die zuständigen Stellen auf alle Fälle vorbereitet sein und die dann notwendigen Massnahmen rechtzeitig geplant haben. Bei den kriegswichtigen Verbrauchsgüterindustrien wie Textil-, Leder-Industrie usw. werden sich, vom Standpunkt der Erzeugungskapazitäten gesehen, wesentliche Schwierigkeiten nicht ergeben. Das Hauptgewicht dürfte bei der mittelbaren und unmittelbaren Rüstungsfertigung auf dem Gebiet der Eisen

26a

Abteilung

20. Juli 1942

und Metall-verarbeitenden Industrien liegen. Da die mit dieser Fertigung befassten Betriebe meist als Rüstungs-  
betriebe von Ihnen betreut werden, würde ich einen Meinungs-  
austausch über die von Ihnen etwa schon getroffenen Maß-  
nahmen und Planungen begrüßen. Ich darf daher eine Be-  
sprechung in dieser Angelegenheit anregen.

Im Auftrag

(gez.) Dr. B e r t s c h



34824

